

Rats-Update Nr. II

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 28. November 2022

Die eintreffenden Ratsmitglieder wurden (wieder einmal) lautstark von einer kleinen Demonstration der Grünen Parteimitglieder begrüßt, bei der es (wieder einmal) um die Themenbereiche Umwelt, Bäume und Klima ging. Allerdings gab es diesmal keine konkreten Transparente, Plakate oder Flyer, weswegen der Protest eher einen pauschalen empörenden Charakter hatte, als eine eindeutige Forderung.

Diskussionen über die Tagesordnung

Oberbürgermeister Sören Link eröffnete die Ratssitzung zwar pünktlich um 15:00 Uhr, aber die Fraktionen diskutierten zunächst 30 Minuten lang nur über die Tagesordnung, die diesmal 95 öffentliche und 12 nichtöffentliche Tagesordnungspunkte aufwies:

Antrag der Grünen: „Solidarität mit den Protestierenden im Iran“

Zunächst wurde diskutiert, ob eine Resolution der Grünen mit dem Titel „*Solidarität mit den Protestierenden im Iran*“ zur Beratung zugelassen werden sollte. OB Sören Link verwies auf die Gemeindeordnung, wonach alle zu beratenden Themen einen eindeutigen Bezug zur Kommune haben müssen, den er in diesem Fall nicht sah. Die Grünen sahen dies erwartungsgemäß anders. Nach längerer Diskussion kam die Resolution nicht auf die Tagesordnung.

Klimaschutzmaßnahmen in 1. Lesung

Dann beantragten SPD und CDU zwei Beschlussvorlagen zum Thema „*Klimaschutzmaßnahmen in Duisburg*“, die auf der Tagesordnung standen, nicht zu beraten, da sie noch erheblichen Beratungsbedarf und Änderungswünsche hätten. Auch hier kam es zu längeren Diskussionen zwischen den beiden großen Fraktionen und den Grünen, die diese Beschlüsse unbedingt in dieser Ratssitzung fassen wollten. Überraschender Weise stand die AfD-Fraktion den Grünen zur Seite und erklärte, dass sie die Vorlagen lieber sofort beschließen möchte.

Die FDP-Fraktion hatte sich in ihrer Vorbesprechung mit den beiden o.g. Beschlussvorlagen beschäftigt, wobei noch einige Bedenken und offene Fragen verblieben, da z.B. pauschal beschlossen werden sollte, das „*Duisburg bis 2035 Klimaneutral ist*“ (nicht „versucht“, „probiert“ oder „anstrebt“, sondern „ist“) ohne genauere Maßnahmen zu benennen. Auch die erforderlichen städtischen Finanz- und Personalfragen wurden in diesen Beschlussvorlagen nicht näher erläutert. In der Abstimmung setzten sich SPD und CDU durch, so dass die Vorlagen in dieser Ratssitzung noch nicht beraten wurden. Bis zur nächsten Ratssitzung im Februar 2023 haben die Fraktionen nun Zeit, sich eine Meinung zu bilden und ggf. Änderungen oder Ergänzungen zu formulieren.

Neubesetzung eines Aufsichtsratspostens bei der IGA 2027

Weiterhin kam es (immer noch vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung) zu Diskussionen darüber, ob die SPD eine Position im Aufsichtsrat der Internationalen Gartenausstellung IGA 2027 neu besetzen darf. Die Grünen monierten, dass es sich bei der bisherigen Besetzung mit Dezernent Martin Linne um einen städtischen Vertreter handeln würde, der 2020 einstimmig vom Rat in dieses Gremium entsandt wurde, weswegen die SPD diesen Sitz jetzt nicht als „ihren“ Sitz beanspruchen dürfe. Die SPD hatte beantragt, Martin Linne (SPD) gegen SPD-Ratsfrau Demming-Rosenberg austauschen. Die Grünen wollten stattdessen mit einem Gegenantrag den amtierenden Umweltdezernenten Matthias Börger (Grüne) in den Aufsichtsrat der IGA 2027 entsenden.

Der Oberbürgermeister erklärte, dass der amtierende Umweltdezernent ohnehin in der Gesellschafterversammlung der IGA vertreten sei und es sich bei der damaligen Besetzung des Aufsichtsrates tatsächlich um einen der SPD zustehenden Sitz gehandelt habe. Dementsprechend solle in der heutigen Sitzung über den Antrag der SPD abgestimmt werden, nicht aber über den Gegenantrag der Grünen.

Antrag Tierschutz/DAL: „Gebühren senken“

Zuletzt beantragte die SPD-Fraktion noch, einen vorliegenden Antrag der Fraktion Tierschutz/DAL von der Tagesordnung zu nehmen, da er bereits im Haupt- und Finanzausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt wurde und inhaltlich den Rat zu gesetzeswidrigem Handeln auffordern würde.

In diesem Antrag ging es darum, die Gebühren für Abwasser, Friedhöfe oder Müll zu senken, ohne die konkreten Gebührenberechnungen zu berücksichtigen. Eine derartig pauschale „Schätzung“ wäre tatsächlich nicht mit geltendem Recht zu vereinbaren, da Gebührenberechnungen immer nach ganz strengen Kriterien zu erfolgen haben und stets kostendeckend erfolgen müssen. Stellt sich am Jahresende heraus, dass die eingenommenen Gebühren etwas zu hoch oder zu niedrig waren, müssen die Überschüsse bzw. Fehlbeträge zwingend mit den Gebühren für das Folgejahr verrechnet werden. Hierbei kann es zu Erhöhungen, aber auch zu Senkungen der Gebühren kommen, wie es z.B. im kommenden Jahr mit den Müllgebühren sein wird.

Dass die Gebührenberechnungen der Städte und städtischen Gesellschaften immer korrekt erfolgen, wird massenhaft von Gerichten überprüft und eher selten kommt es zu Beanstandungen, weil z.B. zu hohe kalkulatorische Zinsen eingerechnet wurden. Insofern unterliegen Gebührenberechnungen strengen Vorschriften und Kontrollen, die nicht einfach per Ratsbeschluss außer Kraft gesetzt werden können, wie es die Fraktion Tierschutz/DAL (nicht zu ersten Mal) forderte. Mehrheitlich beschloss der Rat deshalb, diesen Antrag von der Tagesordnung zu nehmen.

Wirtschaftspläne der städtischen Gesellschaften für 2023

30 Minuten später, nachdem die Tagesordnung endlich besprochen und beschlossen war, konnten die Ratsmitglieder endlich ihre (inhaltliche) Arbeit aufnehmen. Zunächst standen zahlreiche Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften für das kommende Jahr zur Abstimmung. Hierbei gibt es im Grunde nie kritische Wortmeldungen und nahezu einstimmige zustimmende Beschlüsse.

Coronabedingte Sonderzuschüsse

Ebenso einstimmig und kommentarlos wurden coronabedingte Sonderzuschüsse für die städtische Gesellschaft Duisburg Kontor DK (581.000,-€) und für das filmforum (100.800,-€) beschlossen. Die filmforum GmbH hatte 2022 sogar Einbußen von nahezu 300.000,-€ zu verzeichnen, da viele Kinovorstellungen ausfallen mussten. Da gleichzeitig aber auch keine Filmmieten und Abgaben an die Filmfördergesellschaft gezahlt werden mussten, verblieb ein Minus von 100.800,-€.

Modellrechnung für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023

In Top 17 wurde unter dem Titel „*Modellrechnung für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023*“ beschrieben, dass die Stadt im kommenden Jahr voraussichtlich 82 Mio. € vom Land erhalten wird und gleichzeitig mit Mehrausgaben in Höhe von 63 Mio. € rechnet, so dass ein Rest von ca. 19 Mio. € zur freien Verfügung verbleiben wird. Während in der Beschlussvorlage die Verwaltung beauftragt werden sollte, Überlegungen anzustellen, in welchen Bereichen die 19 Mio. € ausgegeben bzw. investiert werden sollten, hatten SPD und CDU bereits wenige Minuten nach Bekanntwerden der Vorlage in einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt, wofür sie das Geld verwenden werden.

In den möglichen Finanzbereichen, die in der Vorlage erwähnt wurden, kam den Grünen das Thema „Klimaschutz“ zu kurz und den Linken fehlte der Bereich „Soziales“, weswegen sie eine 1. Lesung beantragten, was bedeutet, dass die Vorlage nicht in dieser Sitzung beschlossen werden sollte, sondern erst in der nächsten Ratssitzung. Erwartungsgemäß ließen sich CDU und SPD nicht darauf ein und so ließ der OB über die Vorlage abstimmen, die letztendlich einstimmig von allen Ratsmitgliedern beschlossen wurde.

„SVK Duisburg“ - Sondervermögen für den Kinder- und Jugendbereich

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung beschloss der Stadtrat die Gründung einer neuen städtischen Einrichtung mit dem Namen „SVK Duisburg“. In diese Gesellschaft, die in der Beschlussvorlage stets als „Sondervermögen“ bezeichnet wurde, werden alle städtischen Kinder- und Jugendeinrichtungen eingebracht, die bisher im Eigentum der IMD (Immobilienbetriebe Duisburg) waren.

Betreut (und zum Teil auch betrieben) werden die KiTas zukünftig durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag. Durch diese Konzentration und Neuausrichtung erhofft man sich eine Entlastung der IMD-Mitarbeiter/innen und eine bessere Betreuung der alten- und zahlreichen neuen Kitas im gesamten Duisburger Stadtgebiet.

Sonderzuschüsse für Kindertageseinrichtungen

Da die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag für zahlreiche neugebaute (und noch zu bauende) Kindertagesstätten eine Miete von über 18,-€ je Quadratmeter erheben will, die anmietenden Kita-Betreiber jedoch nur eine Unterstützung des Landes von rund 11,-€ je Quadratmeter erhalten, beantragen Kita-Betreiber immer wieder Sonderzuschüsse von der Stadt Duisburg. So auch diesmal der evangelische Kirchenkreis Dinslaken, der Träger Outlaw gGmbH und die ZOK gGmbH, die alle mehrere KiTas innerhalb des Duisburger Stadtgebiets betreiben. Da es noch lange nicht genug Kindergartenplätze in der Stadt gibt und es für die Stadt seit je her günstiger ist, Zuschüsse zu zahlen, als selbst KiTas zu betreiben, fallen derartige Entscheidung stets kommentarlos und einstimmig aus.

Bürgerentscheide zukünftig nur noch als Briefwahl

Gesetzesänderungen des Landes NRW lassen es zu, dass Bürgerentscheide nicht mehr als „Urnenvahlgang“, sondern nur noch in Form einer Briefwahl durchgeführt werden dürfen. Da dies zu enormen Kosteneinsparungen führt (und es derzeit keinen akuten Bürgerentscheid in Duisburg gibt), beschloss der Stadtrat diese Änderung auch für zukünftige Bürgerentscheide in Duisburg.

Über 71 Mio.€ Zusatzkosten beim Amt für Soziales und Wohnen

Immer wieder kommt es vor, dass die jährlichen Ausgaben beim Amt für Soziales und Wohnen zu niedrig berechnet und deshalb auch zu niedrig im Haushaltsplan eingestellt wurden, weswegen es immer wieder zu hohen Nachzahlungen kommt. Auch diesmal waren es über 71 Mio. €, die in zwei Beschlüssen „nachgeschossen“ werden mussten. Da die Mehrkosten im folgenden Haushaltsplan dennoch immer wieder niedriger kalkuliert werden, liegt die Vermutung nah, dass die Haushaltsaufstellung zunächst „geschönt“ werden soll und die späteren Nachzahlungen offenbar von der Finanzaufsicht unbemerkt bleiben. Da es sich bei diesen Kosten aber um gesetzlich vorgeschriebene Angelegenheiten im Sozialbereich handelt, sind diese notwendig und inhaltlich nicht zu beanstanden, weshalb der Rat den hohen Nachzahlungen auch diesmal einstimmig zustimmte.

IMD zur Teildienststelle erklärt

An Tagesordnungspunkt 28 wurde beschlossen, dass es sich bei der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung IMD (Immobilienbetriebe Duisburg) zukünftig um eine Teildienststelle handelt. Zur Erläuterung: bisher sind alle Mitarbeiter des IMD städtische Angestellte, also unter der Personalhoheit des Oberbürgermeisters. Indem das IMD zur Teildienststelle erklärt wird, wird die Personalhoheit auf die IMD-Führung übertragen und innerhalb des IMD ein eigener neuer Betriebsrat gegründet. Gegen diesen Schritt wehren sich der städtische Gesamtbetriebsrat und der Betriebsrat 'innere Verwaltung' mit allen Mitteln, weswegen sich die Betriebsräte mehrfach zu Wort meldeten und ihren Unmut kund taten. Dabei war es für die Ratsmitglieder relativ undurchsichtig, ob es keine, zu wenige oder ausreichende Gespräche zwischen Betriebsräten und Oberbürgermeister gab - oder nicht.

Allerdings sprechen mehrere gute Gründe dafür, das IMD zu einer Teildienststelle zu machen. Unter anderem müssen neue Mitarbeiter/innen (wie z.B. Ingenieure) nicht mehr zu Beginn ihres Dienstverhältnisses monatelange Verwaltungslehrgänge absolvieren, da diese für die übertragenen Aufgaben des IMD keine Relevanz haben, aber für städtische Mitarbeiter/innen grundsätzlich vorgeschrieben sind. Die begehrten neuen Mitarbeiter/innen können also sofort ihrer vorgesehenen Arbeit nachkommen, was bisher nicht der Fall ist und immer wieder zu unnötigen Problemen innerhalb der Abläufe des IMD und zu Unmut bei neuen Beschäftigten führt.

Des Weiteren haben alle anderen größeren städtischen Gesellschaften auch eigene Betriebsräte, die in allen Fällen gut mit der jeweiligen Geschäftsführung zusammenarbeiten. Die Anbindung an die Tarife des öffentlichen Dienstes bleibt in allen Fällen bestehen und alle Mitarbeiter/innen (bisherige und neue) haben das Recht, jederzeit in die Stadtverwaltung zurückzukehren.

Zur Umwandlung des IMD zu einer Teildienststelle gab es zahlreiche Wortmeldungen, mit zum Teil heftigen Schlagabtauschen, zwischen den Betriebsräten (die in diesem Fall ausnahmsweise Rederecht im Rat hatten), sowie Grünen und Linken auf der einen Seite und dem OB, SPD und der CDU auf der anderen Seite. Bei der anschließenden Abstimmung stimmten Grüne, Linke, AfD, JuDu, Tierschutz/DAL und Ratsherr Sipahi gegen den Beschluss, während SPD, CDU und FDP der Umwandlung des IMD zur Teildienststelle zustimmten. Obwohl die Grünen an der Abstimmung zweifelten und eine Nachzählung verlangten, lag die Mehrheit bei SPD, CDU und FDP.

Lange Pause

Zur geplanten Pause um 17:15 Uhr hatte der Stadtrat erst 29 von 95 Tagesordnungspunkten beraten. Kurz nach der Pause musste die Sitzung erneut für längere Zeit unterbrochen werden, weil eine Ratsfrau einen epileptischen Anfall erlitt. Dieser bedrückende Zwischenfall ließ die Emotionen und die bis dahin ungewöhnlich aufgeheizte Atmosphäre im Saal etwas abkühlen.

100 neue „Wasserstoff-Busse“ für die DVG

Bei Top 33 diskutierten die Ratsmitglieder über den Vorschlag der Verwaltung, 100 neue Busse anzuschaffen, die alle mit Wasserstoff betrieben werden sollen. Die 100 Brennstoffzellenbusse sollen schrittweise bis zum Jahr 2030 angeschafft werden und die gesamte Bus-Flotte der DVG ersetzen. Einige Ratsmitglieder äußerten die Sorge, dass diese Festlegung zu früh und zu endgültig sein könnte, da sich diese Technologie derzeit noch in der Entwicklungs- bzw. Anfangsphase befinde und eventuell auch langfristig teuer bleiben könnte.

Auch der Oberbürgermeister betonte, dass es durchaus sein kann, dass man diese Entscheidung im Laufe der Jahre korrigieren müsse, aber in diesem Moment erscheine dieser Beschluss sinnvoll und richtungsweisend, unter anderem deshalb, weil die Stadt Duisburg sich als zukünftige Wasserstoff-Hochburg aufstellen möchte. Es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn bereits zur IGA 2027 Brennstoffzellenbusse die Besucher zur Ausstellung bringen würden, weswegen der Beschluss jetzt in dieser Form erfolgen sollte, da bis dahin auch die erforderliche Tankstellen- und Werkstattinfrastruktur bei der DVG gebaut werden muss. Dieser Argumentation konnte sich auch die FDP-Fraktion anschließen.

Die AfD beantragte, nur 84 Brennstoffzellenbusse anzuschaffen und den Zeitraum bis 2034 zu verlängern, konnte sich mit diesem Vorschlag aber nicht durchsetzen. Letztendlich stimmte nur die AfD-Fraktion gegen den Beschluss und die Fraktion der Linke enthielt sich der Stimme.

Feuerwachen: 5 Neu- An- und Umbauten

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung beschloss der Stadtrat Um- und Anbaumaßnahmen beim Feuerwehrgerätehaus in Friemersheim, sowie 3 komplett neue Feuerwehrgerätehäuser in Rheinausen, Walsum und Meiderich und eine neue Rettungswache in Baerl. Insgesamt fallen hier (nach derzeitigem Planungsstand) Kosten in Höhe von ca. 22,5 Mio. € an.

2 neue Schulen im Norden

Auch den Bau von zwei neuen Schulen im Duisburger Norden beschloss der Rat. Dabei handelt es sich um einen Neubau der Gesamtschule in Walsum und einer 6zügigen Gesamtschule auf der Obere Holtener Straße im Bezirk Hamborn. Mit der Planung und Durchführung wurde die Schulbaugesellschaft (SD) beauftragt.

Neues Schwimmbad im Süden

Ebenfalls beschlossen wurde der Bau eines neuen städtischen Hallenbades im Duisburger Süden auf der Großenbaumer Allee, an Stelle des derzeitigen geschlossenen alten Hallenbades. Hier werden Baukosten in Höhe von ca. 51 Mio.€ veranschlagt. Das neue Bad soll für Freizeitschwimmer/Familien, Schulschwimmen und Schwimmvereine nutzbar sein und entsprechend gestaltet werden. Der Baubeginn ist im dritten Quartal 2023 geplant und die Eröffnung im Dezember 2025. Im „Bürgerbereich“ des Bades wird ein Mehrzweckbecken mit 3-Meter-Sprungturm und ein Kleinkinderbecken gebaut. Im Schul- und Sportbereich ist ein Variobecken mit Hubboden und 6 Bahnen mit einer Länge von 25 Metern, sowie ein Lehrschwimmbecken vorgesehen.

Förderungen für Photovoltaik und Fahrräder

Die Stadt hat Fördergelder des Landes zum Bau von Photovoltaikanlagen erhalten. Diese Fördergelder stehen jetzt zur Verfügung und können bei der Stadt beantragt werden. In diesem Zusammenhang wies FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff darauf hin, dass es einige Bürger und Bürgerinnen gibt, die Photovoltaikanlagen auf ihren Hausdächern installieren möchten, aber vom Duisburger Denkmalschutzamt keine Erlaubnis dafür erhalten, da ihr Haus oder gar die ganze Siedlung unter Denkmalschutz stehe. Dezernent Martin Linne erklärte, dass dies bisher schwierig gewesen sei, aber vor ca. 2 Wochen eine Klarstellung bzw. Ergänzung des zuständigen Ministeriums gegeben hätte, die derartige Erlaubnisse des Denkmalschutzamtes nun möglich machen würden.

FDP-Antrag zum Schutz der Duisburger Infrastruktur

Die FDP-Fraktion hatte einen Antrag gestellt, wonach chinesische Staatsunternehmen (und andere Unternehmen autoritärer Staaten) keine Beteiligungen oder Anteile an Duisburger Infrastrukturprojekten erhalten sollen. Insbesondere ging es hierbei um die Beteiligung von Cosco im Duisburger Hafen und die Zusammenarbeit der Stadt mit Huawei beim Aufbau der Smart-City, die zwar momentan ruht aber auch nicht ausgeschlossen bzw. beendet wird. FDP-Ratsherr Oliver Alefs erläuterte den Antrag. Er wies darauf hin, dass es den Freien Demokraten um den Schutz der Duisburger Infrastruktur gehe und bat, dass die Verwaltung zukünftig sensibel mit diesem Thema umgehen solle, auch wenn der FDP-Antrag heute keine Mehrheit finden sollte. Tatsächlich konnten sich bei der Abstimmung nur die Grünen dem FDP-Antrag anschließen, alle anderen Fraktionen lehnten ihn ab.

Gremienumbesetzung im Aufsichtsrat der IGA 2027

Die letzte Aufregung dieser öffentlichen Ratssitzung entstand, als der Antrag der SPD zur Neubesetzung des Aufsichtsratspostens bei der IGA 2027 aufgerufen wurde. Wie oben bereits beschrieben, sollte Dezernent Linne durch eine SPD-Ratsfrau ersetzt werden. Nachdem der Gegenantrag der Grünen es nicht auf die Tagesordnung geschafft hatte, wollten die Grünen den SPD-Antrag einzeln abstimmen lassen, da sich im Antrag noch zahlreiche andere SPD-Gremienumbesetzungen befanden. Die SPD bestand darauf, über ihren Antrag komplett abzustimmen, da es sich ausschließlich um SPD-Sitze und Mandate handele, über die die anderen Fraktionen nicht zu bestimmen haben. Dementsprechend ließ der Oberbürgermeister nach langer Debatte abstimmen, wobei die Grünen dagegen stimmten und sich die AfD und die Fraktion JuDu der Stimme enthielten. Die große Mehrheit des Rates beschloss den Antrag der SPD so, wie er gestellt war.

Letzte Ratssitzung in 2022

Um 19:45 Uhr beendete Oberbürgermeister Sören Link die letzte Sitzung des Duisburger Stadtrates in diesem Jahr. Die nächste reguläre Ratssitzung ist erst wieder am 9. Februar 2023 geplant. Danach informieren wir Sie gerne wieder über die wichtigsten aktuellen politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat.

Bis dahin wünsche ich Ihnen im Namen unserer FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies**, **Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff** eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Thomas Wolters



Fraktionsgeschäftsführer